

An den
Präsidenten des Burgenländischen Landtags
Christian Illedits
Landhaus
7000 Eisenstadt

Entschließungsantrag

der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller

betreffend Maßnahmenpaket zur Einhaltung des Abfallwirtschaftsgesetz

Begründung:

Das Burgenländische Abfallwirtschaftsgesetz (AWG) regelt die Vermeidung, Sammlung, Beförderung und Behandlung von Abfällen. Quer durch das Burgenland gibt es immer wieder Fälle von zum Teil massiven Verstößen gegen das AWG durch Gewerbe- und Landwirtschaftsbetriebe. Dies betrifft das Deponieren von Bauschutt und anderen Gewerbeabfällen ebenso wie die gesetzeswidrige Entsorgung von Plastik und anderem Müll bzw. das Verbrennen von Abfällen. Die Folge sind Umweltschäden, Belastungen für Boden und Luft sowie Beeinträchtigung von Natur und Landschaftsbild. Da allgemeine, nachbarschaftliche Aufforderungen zur Einhaltung der Vorgaben durch das AWG seitens der Betroffenen meist ignoriert werden, muss seitens der politisch Verantwortlichen und seitens der Behörden gehandelt werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Maßnahmenpaket zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Entsorgung von Abfall und Müll entsprechend dem Burgenländischen Abfallwirtschaftsgesetz zu erstellen und umzusetzen mit folgendem Inhalt:

- Information an die Gewerbe- und Landwirtschaftsbetriebe im Burgenland bezüglich der durch das AWG vorgeschriebenen Müllentsorgung im Burgenland
- Informationsschrift an die BürgermeisterInnen, wie mit Verstößen gegen das AWG in ihrem Wirkungsbereich umzugehen ist
- Beauftragung der Bezirkshauptmannschaften, die Einhaltung des AWGs zu überprüfen und gemeldeten Fällen über Verstöße unverzüglich nachzugehen, Ermahnungen auszusprechen und im Wiederholungsfall Sanktionen zu setzen.